

Flensburger Ratsfraktionen:
SSW, CDU, WiF, SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
FDP, Die Linke, AKOPOL

Flensburg, 29.06.2010

RV-99/2010

- öffentlich -

Resolution der Ratsfraktionen

Ratsversammlung am 08.07.2010

Resolution "Kein Sonderopfer für die dänische Minderheit"

Antrag:

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg beschließt::

Der Beschluss der Haushaltsstrukturkommission, die Landeszuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit von **100 %** auf **85 %** der durchschnittlichen Schülerkosten an öffentlichen Schulen zu reduzieren, ist ein Rückschritt für die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein. Damit wird die erst 2008 erreichte Gleichstellung zwischen Mehrheit und Minderheit bei den Schülerkostensätzen wieder rückgängig gemacht und die durch das Schulgesetz von 2007 anerkannte Rolle der dänischen Schulen als öffentliche Schulen für den dänischen Bevölkerungsteil abermals in Frage gestellt.

Wir sind uns der angespannten Haushaltslage des Landes bewusst. Auch die dänische Minderheit muss zur notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die dänische Minderheit in finanzieller Hinsicht vom Land als gleichwertige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. Durch die Gleichstellung bei den Schülerkostensätzen schlägt sich jede Sparmaßnahme bei den öffentlichen Schulen **1:1** bei den dänischen Schulen nieder. Allein durch die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit und Reduzierung der Beihilfe wird auch der Zuschuss für die Schulen der dänischen Minderheit in den nächsten Jahren fallen. Indem dem Dänischen Schulverein zusätzliche Einsparung von **15 %** auferlegt wird, erwächst der dänischen Minderheit eine überproportionale Last bei der Haushaltskonsolidierung. Dieses Sonderopfer für die dänische Minderheit widerspricht dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärung.

Die Einsparungen belaufen sich auf mindestens 4,7 Mio. Euro. Die Folge dieser Kürzung ist laut dem Dänischen Schulverein, dass bis zu **20** der **47** Schulen des Dänischen Schulvereins von Schließungen bedroht wären, weil über **80** Lehrerstellen sowie eine beträchtliche Anzahl an Hausmeister- Reinigungspersonalstellen gestrichen werden müssten. Die Konsequenzen einer solchen Einsparung reichen aber weit über die bildungspolitischen Folgen hinaus. Sie berührt den Lebensnerv der gesamten dänischen Minderheit, weil die dänischen Schulen nicht nur Orte des Unterrichts, sondern auch die Mittelpunkte des sozialen und kulturellen Lebens der dänischen Bevölkerungsgruppe sind.

Dies bringt somit die Existenzgrundlage der Minderheit in Gefahr und stellt so die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte im deutsch-dänischen Grenzland in Frage.

Auch für die betroffenen Kommunen vor Ort hätte ein solcher Beschluss negative kulturelle und wirtschaftliche Auswirkungen, da die Beschäftigten von Dansk Skoleforening deutsche Steuerzahler sind.

Die Stadt Flensburg fordert daher den Ministerpräsidenten und den Landtag dazu auf, der Kürzungsempfehlung der Haushaltsstrukturkommission für die Schulen der dänischen Minderheit nicht zu folgen.

<i>gez. Gerhard Bethge</i>	<i>gez. Gernot Nicolai</i>	<i>gez. Erika Vollmer</i>	<i>gez. Helmut Trost</i>
Vorsitzender SSW-Ratsfraktion	Vorsitzender CDU-Ratsfraktion	Vorsitzende WiF-Ratsfraktion	Vorsitzender SPD-Ratsfraktion

<i>gez. Uwe Lorenzen</i>	<i>gez. Meike Bruhns</i>	<i>gez. Hans von Bothmer</i>	<i>gez. Jörp Pepmeyer</i>
Vorsitzender Ratsfraktion B 90/Grüne	Vorsitzende FDP-Ratsfraktion	Vorsitzender Ratsfraktion Die Linke	Vorsitzender AKOPOL-Ratsfraktion